

Greifenhagener Kreis-Zeitung

Ämtliches Kreisblatt für den Kreis Greifenhagen

Ar. 68.

Sonnabend, den 14. Juni 1919.

75. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung. Die Herren Gemeindevorsteher in Bartikow, Belkow, Binow, Brenkenhofswalde, Bränken, Buchholz, Buddenbrock, Dobberphul, Gardew, Gebersdorf, Groß Schönsfeld, Heirichsdorf, Hühendorf, Jägersfelde, Jeseritz, Karolinenhorst, Kehrberg, Kladow, Clebow, Klein Möllen, Klein Schönsfeld, Klein Zarnow, Kolbzig, Kolow, Kortenhagen, Kranzfelde, Kronheide, Kublank, Linde, Lindow, Marienthal, Moritzfelde, Mühlenbeck, Neuendorf, Neumark, Neuzarnow, Nipperwiese, Pakulent, Reckow, Roderbeck, Rosenfelde, Selchow, Seelow, Stresow, Sndowsaue, Thänsdorf, Wildenbruch, Wintersfelde, Woltersdorf und Woltin erlaube ich hierdurch an baldige Einsendung einer Abschrift des Feststellungsbeschlusses. (Vergl. Bekanntmachung vom 1. 4. 1919 — Kreisblatt Nr. 40 —).

Greifenhagen, den 6. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses. Koehler.
Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Schreen.

Bekanntmachung. Der für den Frühbruch 1919 erforderliche Bedarf an Kohlen ist bis zum 20. Juni cr. bei uns anzumelden.

Bei der Anmeldung sind folgende Angaben zu machen:

1. Zum Frühbruch herangezogene Fläche in ha.
2. Voraussichtlicher Verbrauch an Frühbruchgetreide in Tonnen (1 Tonne = 20 Ztr.)
3. Zum Frühbruch erforderliche Kohlenmenge in Tonnen (1 Tonne = 20 Ztr.)

Bis zum gleichen Tage ist der Bedarf an Dampf-pflanzkohlen zu melden.

Anzugeben ist:

1. Die zu pflügende Fläche in Morgen.
2. Die erforderliche Kohlenmenge (Normaltag: 1 Ztr. Kohle für 1 Morgen)

Im Interesse der Allgemeinheit muß dringend gebeten werden, den Bedarf für Drusch- und Pflanzzwecke nur auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken und jede Ueberforderung zu vermeiden.

Greifenhagen, den 6. Juni 1919.

Der Landrat. Koehler.
Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Schreen.

Bekanntmachung. Der Bauernhofbesitzer Richard Littmann in Woltersdorf ist als Steuererheber von mir beauftragt und in meinem Auftrage verpflichtet worden.

Greifenhagen, den 6. Juni 1919.

Der Landrat und Vorsitzende des Kreis Ausschusses. Koehler.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Schreen.

Bekanntmachung. Unter dem Pferdebestande des Bauernhofbesitzers W. Preuß in Pakulent ist die Räude amtstierärztlich festgestellt worden.

Vom Fiddichow, den 7. Juni 1919.

Der Amtsvorsteher. Grundmann.

Bekanntmachung. Nach der Bekanntmachung des Herrn Landrats hier vom 2. Juni ds. Js. — Kreisbl. Nr. 66 — soll die Räumung der Thue in der hiesigen Feldmark, von der Vogelsanger Mühle bis zur Walkmühle in der Zeit vom 7. bis einschl. 9. Juli, von der Wierower Mühle bis zur Vogelsanger Mühle, von der Walkmühle bis zur Einmündung in die Döber am 7., 8. und 9. Juli ds. Js. stattfinden. Es ergeht daher an alle räumungspflichtigen Anlieger der Thue die Aufforderung, während dieser Zeiträume eine ausreichende Räumung vor ihren Grundstücken vorzunehmen, widrigenfalls dies im Zwangswege auf Kosten der Besitzer ausgeführt wird.

Greifenhagen, den 12. Juni 1919.

Der Magistrat. Quandt.

Der Arbeiterrat Greifenhagen. J. A. Obermeyer

Stadtverordnetenversammlung.

Am Dienstag, den 17. Juni 1919, abends 7 Uhr.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme vom Ergebnis der Prüfung der Jahresrechnung der Stadtparkasse für 1917 und Erteilung der Entlastung.
2. Erhöhung der Vergütung für Reinigung und Heizung der Diensträume an den Kastellan.
3. Erhöhung der Anwesenheitsgebühr des Wiesenwärters.
4. Uebernahme von 1/4 der Uebersteuerungskosten für die vom gemeinnützigen Bauverein zu errichtenden Wohnhäuser.
5. Herstellung eines Verbindungsweges zwischen der Steintiner und Mönchhapper Straße.

Greifenhagen, den 10. Juni 1919.

Dr. Sauerlandt, Stadtverordneten-Vorsteher.

Nichtämlicher Teil.

In Sklavensketten der Entente.

Zu Zeiten der alten Römer machte der Sieger einen besiegten Gegner zum Sklaven. Ganze Völker wurden damals so in Sklaverei geschleppt, in der sie allmählich untergingen. Diese barbarische Ausnutzung des Sieges entsprach den Kulturanschauungen der damaligen Zeit. Die Sklaverei wurde inzwischen abgeschafft und die persönliche Freiheit gilt heute als das höchste Gut des Menschen.

Die Entente hat aber trotz aller in Jahrhunderten gemachten Fortschritte, trotz der allgemein anerkannten persönlichen Freiheit, trotz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, eine moderne Form der Sklaverei erfunden, die sich von der Sklaverei des Altertums nicht unterscheidet. Zwar wird nicht mehr jeder einzelne Deutsche an Händen und Füßen gefesselt, aber die Bedingungen des Friedensvertrages sind ebenso schwere Fesseln, in die das ganze Volk geschlagen werden soll.

Ist doch schon die Beschränkung, daß Deutschland nur 100 000 Mann Soldaten unter den Fahnen halten darf, während alle andern Staaten unbeschränkt ihre gewaltigen Rüstungen aufrecht erhalten können, ein ganz unerhörter Eingriff in unsere inneren Verhältnisse, der die schöne Idee der allgemeinen Abrüstung illusorisch macht; so wird diese militärische Freiheitsbeschränkung ganz unerträglich durch die weiteren diesbzgl. Bestimmungen des Friedensvertrages. Mit einer ziffermäßigen Beschränkung der Heeresstärke könnte man sich schließlich abfinden, wenn sie unseren notwendigsten Bedürfnissen entspricht, aber niemals mit den anderen Forderungen. Sie rauben uns jede Freiheit militärisch zu disponieren und machen uns zu Sklaven der Entente.

So wird uns vorgeschrieben, in welcher Weise das zukünftige Heer rekrutiert werden soll: nur durch Werbung mit zwölfjähriger, Offiziere mit fünfundsanzwanzigjähriger Verpflichtung. Die Zahl der jährlich auscheidenden Offiziere und Mannschaften darf nur 5 v. Hundert betragen. Ist diese Grenze erreicht, so darf niemand mehr entlassen werden, auch Dienstunfähige, Lumpen und Verbrecher müssen beibehalten werden.

Auch die Gliederung der Armee wird uns genau vorgeschrieben. Sie darf nur aus 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen bestehen, zu deren Zusammenfassung höchstens 2 General-Kommandos errichtet werden dürfen.

Eine Tabelle gibt ferner ganz genau an, aus welchen Einheiten jede Division bestehen darf und ist jede Aenderung verboten. Eine andere Tabelle legt sogar die Kopfstärke der einzelnen Stäbe fest. Da ist z. B. angegeben, daß ein Infanterie-Regiment aus 3 Bataillonen zu je 3 Infanterie-Kompagnien und einer Maschinengewehr-Kompagnie zu bestehen hat, mit einer Höchstzahl von 70 Offizieren und 2300 Mann. Jede Aenderung soll auch hierbei ausgeschlossen sein. Bis in diese Einzelheiten wird uns die Organisation für ewige Zeiten vorgeschrieben.

Die Beschränkungen gehen aber noch weiter. Der Große Generalstab und andere ähnliche Formationen werden aufgelöst und dürfen in keiner Form mehr gebildet werden. Die Kriegsakademie, die Offizierschulen, Kadettenanstalten, Unteroffizierschulen etc. werden aufgehoben. Für jede Waffengattung darf nur eine Schule bestehen, deren Schülerzahl genau den Fehlstellen des Offizierkorps entsprechen muß. Es ist uns also unmöglich gemacht, die uns bewilligten 4 000 Offiziere so auszubilden, wie wir es für uns nötig halten. Die Ausbildung höherer Führer auf der Kriegsakademie ist uns gänzlich unmöglich gemacht.

Es sind hier nur einige Punkte des Friedensvertrages über unsere Wehrmacht herausgegriffen, um den Geist dieses famosen Vertrages zu kennzeichnen. Ganz gleiche, unglaublich beschränkende Bestimmungen betreffen die Bewaffnung und Ausrüstung des Heeres, die Anfertigung des Kriegsgüter und der Munition, sowie der Anlage von Befestigungen. Die modernen Waffen: die Flugzeuge und die Tanks werden uns überhaupt gänzlich verboten und das Kaliber der Kanonen wird uns vorgeschrieben.

Das sind die militärischen Bedingungen; sie sind für Deutschland unaussprechbar und unersahbar. Die Entente faßt immer von Völkerbund, von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht, aber sie führt durch diese militärischen Bedingungen eine Sklaverei ein, die schlimmer ist, wie die des Altertums.

Ist es nun aber jemals in der Geschichte der Völker vorgekommen, daß sich ein Volk freiwillig in die Sklaverei begeben hat? Niemals! — Auch wir wollen niemals Sklaven werden! Wir wollen nicht freiwillig auf unsere Freiheit verzichten und deshalb können wir einen solchen Friedensvertrag unter keinen Umständen annehmen! Das ginge gegen die Ehre der deutschen Nation!

Deutschland und der Völkerbund.

Die letzten Entschlüsse der Entente.

Verfaßt, 12. Juni.

Die diplomatische Lage wird von einem Kenner dahin zusammengefaßt: Deutschland soll zum Völkerbund zugelassen werden, sobald es 20 Milliarden seiner Schuld gedeckt hat. Die gesamte Schuld soll innerhalb drei Monaten festgesetzt werden. Es ist ferner beschlossen worden, daß die Beschränkung der wirtschaftlichen Tätigkeit Deutschlands aufhört und durch ein System von Gegenseitigkeit ersetzt wird, sobald Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist. Ein weiterer Beschluß besagt, daß die militärischen Bedingungen, die Deutschland im Friedensvertrag auferlegt werden, keine Ausnahmemaßnahmen sein sollen, die nur für eine bestimmte Zeit gelten, sondern daß sie eine besondere Anpassung an deutsche Verhältnisse sind, der sich auch die anderen Mächte unterwerfen werden, und die nur durch Bedingungen für die eigene innere Sicherheit begrenzt werden. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, dem Völkerbund den Schutz der deutschen Minderheiten anzuvertrauen. Der Völkerbund wird die Pflicht haben, sich dafür zu bemühen, daß die Rechte dieser Minderheiten besonders bezüglich des Unterrichts und der Religion gewahrt bleiben.

Amerika gegen die gerichtliche Verfolgung des Kaisers?

Nach dem „Maasbode“ wird aus Paris gemeldet, daß man in Entente vor allem aber in amerikanischen Kreisen immer mehr gegen eine gerichtliche Verfolgung des Kaisers gestimmt sei. Die einzige Furcht, die noch besteht, sei die, er könne nach Deutschland zurückkehren und aufs neue den Thron besteigen.

Militärische Vollmachten für den 20. Juni?

Eine Reuters-Depesche meldet, daß dem Marschall Foch die militärischen Vollmachten für den 20. Juni, vormittags 10 Uhr, übertragen worden sind.

Das ist wieder eine verheerende Drohung, die sich würdig einer Meldung der „Times“ anschließt, wonach bei Nichtunterzeichnung sofort der Einmarsch in Deutschland von Westen, Norden und Osten beginnen soll. Das ist phantastisch dann von einer entscheidenden Schlacht im Rhöngebirge. — Bei einem Einmarsch wird die Entente kaum irgendwelchen Widerstand finden, zu einer „Schlacht“ wird sich ihr also nicht Gelegenheit bieten.

Das deutsche Weißbuch.

Dokumente über die Schuld am Kriege.

Das deutsche Weißbuch über die Verantwortlichkeit am Kriege, das jetzt veröffentlicht worden ist, erscheint jetzt im rechten Augenblick, da die Schuldfrage offensichtlich von unseren Feinden wieder einmal in den Vordergrund der Debatte gehoben und natürlich zumungunsten Deutschlands beantwortet wird. Neu ist darin zunächst der kleine Ausschritt aus dem feindlichen Bericht über die Schuldfrage. Er liest sich, man kann es nicht anders sagen, wie eine Karikatur auf jedes Untersuchungsverfahren, und man kann nun wohl begreifen, warum Herr Clemenceau sich standhaft geweigert hat, diesen Bericht, dessen sich jede Regierung innerlich schämen muß, unsern Friedensbegehrten vorzulegen. Er ist in einer geradezu kindlichen Manier abgefaßt und wird, das kann man mit ruhigem Gewissen behaupten, selbst vor der anspruchslosesten geschichtlichen Nachprüfung nicht standhalten.

Die Drahtzieher.

Bertoull in dem Weißbuch sind vor allem aber die neuen bisher unveröffentlichten Dokumente, aus denen u. a. unwiderlegbar hervorgeht, daß die russische Mobilisierung der deutschen Vorangegangen ist, sowie daß die Behauptung der Feinde von einem Kronrat in Potsdam, der den Anstoß zum Kriege gegeben hätte, ins Reich der Fabel zu verweisen ist. Dann folgen eine große Reihe von Schriftstücken der russischen und serbischen Staatsmänner aus der Zeit von 1908 bis 1914, die geradezu von Beweisen dafür zeugen, wie Serbien zunächst von Rußland, dann aber auch von Frankreich und England über die bosnische Krise, den ersten und den zweiten Balkankrieg, hinweg immer und immer wieder in seiner anti-österreichischen Politik bekräftigt, zum Aushalten und zur Vorbereitung auf die „gewaltigen Ereignisse“, die zu erwarten seien, angespornt und mit den „Lagen eurer Freuden“ vertröstet wurde. Schon im September 1911 sprach, um nur ein Beispiel zu erwähnen, der französische Botschafter Paul Cambon dem serbischen Gesandten Gruic gegenüber ganz offen von den französischen Rüstungen für einen in aller nächster Zukunft ausbrechenden Krieg. Da die Rüstungen nicht vor 1914 vollendet sein würden, so sei man geneigter, den Krieg bis zu diesem Termin auszuhalten. Von der Bereitwilligkeit Englands, in diesem — nicht von Deutschland — geplanten Kriege mit Frankreich zusammenzugehen, berichtete derselbe Gruic bereits am 9. November 1911 an seine Regierung.

Schlußfolgerung.

Nachdem noch einmal der berühmte gewordenen halbamtliche Alarmartikel des russischen Kriegsministers Suchomilnow aus dem März 1914 mit der Anfrage an Frankreich, ob er ebenso kriegsbereit sei, wie von dem Verfasser des Weißbuchs in Erinnerung gebracht worden ist, schließt die Dokumentensammlung mit der Wiederabe